

# Tarifkonflikt im Nahverkehr: Kommunaler Arbeitgeberverband (KAV) kritisiert Verhandlungstaktik von Verdi

- Keine konkrete Annäherung bei Tarifgesprächen
- Verdi beharrt immer noch auf Maximalforderung

Nach der zweiten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten im Nahverkehr hat der Kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) die Verhandlungstaktik der Gewerkschaft Verdi scharf kritisiert. „In der Öffentlichkeit und gegenüber Medien beteuert Verdi, es gehe ausschließlich um Entlastungen für die Beschäftigten. In den Tarifgesprächen liegen dagegen weiterhin Forderungen auf dem Tisch, die entgeltwirksame Kostensteigerungen beim Personal in Höhe von 30 Prozent bedeuten“, kritisierte KAV-Hauptgeschäftsführerin Sylvana Donath.

Mit dem Zuschlag aus dem Tarifkompromiss für den Öffentlichen Dienst von April 2023 steige das durchschnittliche Bruttogehalt im Fahrdienst ab März bereits von rund 3.600 auf mehr als 4.000 Euro. Der aktuelle Forderungskatalog in den aktuellen Manteltarifverhandlungen sehe einen weiteren Anstieg auf 5.200 Euro vor. „In den Verhandlungen bestreitet Verdi den Umfang der Forderungen nicht. Nur gegenüber der Öffentlichkeit ist davon keine Rede“, erklärte Donath.

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde am 5. und 6. Februar gab es keine Annäherung. „Die ersten beiden Gesprächsrunden waren ernüchternd“, zeigte sich KAV-Verhandlungsführerin Stephanie Schulze enttäuscht. Verdi beharre auf seinen Maximalforderungen, die so von den Kommunen nicht finanzierbar seien. Der KAV habe konkrete Angebote unterbreitet, erschwerte Arbeitsbedingungen stärker zu belohnen und für Entlastungen zu sorgen. „Bei der Entgeltordnung, bei der Schichtlänge oder bei Zuschlägen für Samstagsarbeit haben wir Verbesserungen in Aussicht gestellt. Verdi ist darauf überhaupt nicht eingegangen.“

„Tarifverhandlungen in dieser Form sind nicht lösungsorientiert“, erklärte KAV-Hauptgeschäftsführerin Sylvana Donath. „Außer der Forderung, Gewerkschaftsmitglieder bes-

ser zu stellen, gibt Verdi nicht zu erkennen, wo der Schwerpunkt der Gespräche liegen soll.“ Stattdessen würden die bekannten Forderungen neu verpackt und in veränderter Reihenfolge vorgetragen. „Die Hinhaltepolitik ist enttäuschend“, erklärte Donath. Man wolle eine schnelle Einigung erzielen. „Stattdessen hat man den Eindruck, die nächsten bundesweiten Streiks sind bereits fest im Terminkalender von Verdi eingeplant. Wir gehen davon aus, dass es spätestens am 1. März bundesweit zur nächsten gemeinsamen Streikaktion mit Fridays for Future kommen wird.“ Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 5. und 6. März geplant.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Donath unter 0711 – 222 998 0 ([sylvana.donath@kavbw.de](mailto:sylvana.donath@kavbw.de)) gern zur Verfügung.